Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1905

294 (16.12.1905) Erstes Blatt

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — **Abonnementspreis:** ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 294. Erstes Blatt. Karlsruhe, Samstag den 16. Dezember 1905. 25. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt 3 Blätter mit zusammen 12 Seiten.

Dokumente zum Marokkohandel.

Während sich die absolutistische Regierung Deutschlands damit begnügt, das deutsche Volk mit allgemeinen Redensarten aufzuputschen, ohne der Oeffentlichkeit das Material zu unterbreiten, aus dem sie sich über den ganzen Streitfall seine sachliche und rechtliche Bedeutung informieren könnte, hat die französische Regierung, gemäß den parlamentarischen Einrichtungen ihres Landes einen umfangreichen Band veröffentlicht, der das Aktenmaterial der Marokkoaffäre umfaßt. Aus dieser Veröffentlichung geht hervor, daß der deutsche Reichskanzler im Reichstag zum mindesten einen sehr wesentlichen Punkt ganz unrichtig dargestellt hat.

Nach den Behauptungen des Fürsten v. Bülow sollte der französische Gesandte in Marokko versucht haben, seinen Forderungen dadurch erhöhten Nachdruck zu verleihen, daß er sich als den Bevollmächtigten aller europäischen Mächte ausgab. Nun aber veröffentlicht die französische Regierung in ihrem Gelbbuche eine Depesche des französischen Gesandten Taillandier an den mittlerweile gestürzten Minister des Auswärtigen, Delcassé, worin Taillandier „kategorisch versichert", daß er sich niemals „auf ein angebliches europäisches Mandat berufen habe". — Die deutsche Regierung hat, wie gesagt, bisher ihr Aktenmaterial nicht veröffentlicht, es ist aber ganz zweifellos, daß sie von der französischen Regierung über jenen Depeschenwechsel und die Versicherung des französischen Gesandten längst unterrichtet worden ist. Trotzdem fährt der Reichskanzler fort, mit einer Behauptung zu operieren, deren Wahrheit von dem Hauptbeteiligten entschieden in Abrede gestellt wird. Wenn Fürst v. Bülow in der Lage ist, für seine Behauptungen trotz der gegenteiligen Versicherungen Taillandiers den Beweis der Wahrheit zu erbringen, so wird dieser Herr Taillandier vor der französischen Oeffentlichkeit so kompromittiert sein, daß er durch jene Feststellung allein unschädlich gemacht sein wird. Wenn aber Bülow einen solchen Beweis nicht besitzt, so ist es eine ungeheuerliche Taktlosigkeit, wenn er trotz der Depesche Taillandiers an seiner Behauptung festhält. Fürst Bülow beschuldigt einen französischen Diplomaten, daß er geschwindelt und gelogen habe, er stützt sich mit dieser Beschuldigung scheinbar aber nur auf die Aussagen einiger interessanter marokkanischer Diplomaten, die es mit der Wahrhaftigkeit immer noch etwas weniger genau nehmen dürften als ihre europäischen Kollegen, und die zudem allen Anlaß hatten, im Interesse ihres Sultans, Deutschland und Frankreich gegeneinander auszuspielen.

Aus dem Aktenmaterial der französischen Regierung geht aber auch weiter hervor, daß sich die deutsche Regierung für den Sultan von Marokko in einer Weise engagiert hatte, die beim deutschen Volk die allerschwersten Bedenken hervorrufen muß. So soll der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Radolin, in einer Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Rouvier zu diesem gesagt haben:

> Wir halten an der Konferenz fest. Wenn sie nicht stattfindet, so bedeutet das den status quo (den Zustand wie bisher, d. h. die Nichtanerkennung des französisch-englischen Abkommens. D. Red.) und sie müssen wissen, daß **wir dann hinter Marokko stehen.**

Dieses „Wir" kann doch nichts anderes bedeuten, als die Millionen des deutschen Volkes, die gegebenenfalls Gut und Blut opfern sollen, die man aber zuvor nicht gefragt hat, ob sie sich wirklich „hinter Marokko stellen" wollen.

Dieses Gespräch fand am 11. Juni statt; am 22. Juni folgte eine neue Unterredung zwischen Bülow und dem französischen Botschafter in Berlin, Bikourd, in der der gußeiserne Kanzler wieder vernehmlich mit dem Säbel rasselt. Bikourd depeschiert an Rouvier, der Fürst sei sehr höflich gewesen, habe aber mit solcher Dringlichkeit eine baldige Lösung der Frage (es handelt sich um die Einberufung der Konferenz) gefordert, daß der französische Botschafter „ernste Befürchtungen" hegen zu müssen glaubt.

Zwei Tage später verhandelt der Botschafter abermals mit dem Reichskanzler. Dieser erklärt jetzt, die Unabhängigkeit des Sultans müsse proklamiert werden. **Der Kaiser, der sich dem Sultan gegenüber engagiert hätte, könne nicht darauf verzichten.** Schließlich erklärte der Kanzler „feierlich", weder er noch der Kaiser würde darein willigen, daß ihnen auf der Konferenz „die geringste Demütigung" bereitet würde.

Es ist aus dem französischen Gelbbuch nicht ersichtlich, worin diese befürchtete „Demütigung" bestanden haben soll, und warum der Kanzler mit dem trockenen Pulver und dem geschliffenen Schwert gedroht hat. Sicher ist nur soviel, daß der deutsche Reichskanzler Frankreich gegenüber einen Ton angeschlagen hat, der verletzend wirken muß. Uebten nicht glücklicherweise die französischen Sozialisten einen starken Einfluß auf die Politik ihres Landes aus und wäre die Sache von französischer Seite nach dem albernen Ehrenkomment des bürgerlichen Nationalismus behandelt, so hätten hunderttausend Söhne deutscher und französischer Mütter ihr Leben lassen müssen! Da man aber in Frankreich die Knochen der Soldaten scheinbar höher bewertet, als in Deutschland durch den verantwortlichen Reichskanzler geschieht, **gab man nach und stimmte der Konferenz zu.**

Daß die deutsche Regierung unter solchen Umständen **trotz der Nachgiebigkeit Frankreichs und Englands,** durch kriegerische Kundgebungen die Welt in Aufregung versetzt, erscheint jetzt nach der Veröffentlichung des französischen Aktenmaterials, **noch unbegreiflicher und unverantwortlicher als zuvor!**

Badische Politik.

Der Staatsvoranschlag für 1905

schließt im ordentlichen Etat mit einer Mehreinnahme von 1,3 Millionen Mark ab, was gegenüber der vorletzten Periode eine erhebliche Besserung bedeutet. Die auf dem letzten Landtag beschlossene Erhöhung der Einkommen- und Kapitalrentensteuer muß jedoch aufrecht erhalten werden. Das ordentliche Budget schließt mit einem geringen Ueberschuß ab. Der außerordentliche Etat, der für die letzte Budgetperiode 13,8 und nach Abzug der außerordentlichen Einnahmen 10,5 Millionen Mark betragen hat, ist diesmal nur mit 7,6 Mill. Mark vorgesehen. Zur Deckung ist das Vermögen der Amortisationskasse vorgesehen, das nach dem letzten Budget vorschußweise mit 12,7 Mill. Mark in Anspruch genommen werden sollte. Die Eisenbahnrente hat sich ebenfalls gebessert. Das Jahr 1904 soll, wie der Straßb. Post zufolge verlautet, um 4 Millionen Mark besser als der Voranschlag abgeschlossen haben. Der für Schuldentilgung und Verzinsung vorgesehene Betrag ist auf 25 Mill. Mark veranschlagt. Der Etat für 1904 hat 24,1, jener für 1905 dagegen 25,1 Millionen Mark vorgesehen.

Freiburg. Die Breisgauer Zeitung polemisiert in der Nummer vom 14. Dezember gegen die Genossin Luxemburg und versteigt sich dabei zu folgenden Sätzen:

> Im übrigen ist es der pure Blödsinn zu behaupten, daß das Uebergreifen der Revolution von Rußland auf die „westeuropäischen Klassenstaaten" eine „historische Notwendigkeit" sei. In Rußland kämpft eine auf niederer kultureller Stufe stehende Masse um soziale und politische Vorteile, die für unsern deutschen Arbeiter heute schon ein überwundener Standpunkt sind. Die Arbeiter der „westeuropäischen, Klassenstaaten" haben in dieser Hinsicht viel mehr, als die russischen Arbeiter überhaupt wollen. Wo bleibt da die propagandistische Kraft der russischen Revolution auf den westeuropäischen Arbeiter?"

Wenn sich die russischen Genossen nicht mehr erkämpfen wollten, als preußisch-deutsche „Freiheit", dann würden wir ihnen raten, mit Väterchen Frieden zu schließen. Ein Parlament wie der preußische Landtag, welcher Deutschland mehr beherrscht als der Reichstag, würden sie wohl auch erhalten, auch andere preußisch-deutsche „Freiheiten" würde man auf Rußland übertragen. Aber das russische Proletariat will mehr als das Proletariat in den „westeuropäischen Klassenstaaten" und speziell in Preußen-Deutschland hat. Wenn es dieses Ziel erreicht hat, dann ist auch die propagandistische Wirkung der russischen Revolution auf den westeuropäischen Arbeiter vorhanden. Oder glaubt etwa die Breisgauer Zeitung, daß sich die deutschen Arbeiter mit der politischen Rechtlosigkeit in den Bundesstaaten und mit dem ohnmächtigen Parlamentarismus im Reich zufrieden geben? Da würde sie sich sehr täuschen.

Der Militärverein Schopfheim

wurde infolge des Schreibens vom 25. November, worin die bekannte Erklärung des Verbandspräsidiums aufs tiefste bedauert und deren Zurücknahme verlangt wurde, in der Liste der Verbandsvereine gestrichen. Dem Präsidium erschien Form und Inhalt des Schreibens unannehmbar. Von der Austrittserklärung des Landwehr- und Reservistenvereins Schopfheim hat das Präsidium Kenntnis genommen und denselben gleichfalls in der Liste der Verbandsvereine gestrichen.

Damit dürfte die Militärvereins-„Revolte" ihr Ende gefunden haben.

Eine Berichtigung

geht uns von Herrn Pfarrkurat Hettler in Hörden (Murgtal) mit Bezug auf einen Artikel in Nr. 288 vom 9. Dezember d. J. zu. Herr Hettler schreibt:

> 1. Es ist unwahr, daß ich am Nachmittag des 1. Adventsonntages die christenlehrpflichtigen Jünglinge — etwa 40 an der Zahl — in der „Murgluft" versammelte, um sie in eine politische Vorschule zu nehmen.
>
> 2. Es ist unwahr, daß ich von Zentrum, Liberalen und Sozialdemokraten sprach.
>
> 3. Es ist unwahr, daß ich die jungen Leute erzählen ließ, was sie in den Fabriken gehört hätten.
>
> 4. Es ist unwahr, daß ich in sie drang, sich zu Verfechtern des Zentrums heranzubilden.
>
> 5. Es ist unwahr, daß ich zum Schluß den „40" Jünglingen verbot, etwas von der Sache zu sagen.
>
> 6. Wahr ist dagegen, daß ich am Nachmittag des 1. Adventsonntags 18 Jünglinge, wovon noch 16 christenlehrpflichtig sind, im Gasthaus zur Murgluft versammelte, um unter die jungen Leute die Rollen für die diesjährigen religiösen Weihnachtsspiele zu verteilen.
>
> 7. Wahr ist es, daß ich sogleich nach Verteilung der Rollen jedem der jungen Leute ein Glas Bier kommen ließ und bezahlte, um ihnen eine kleine Freude und Mut zum Spiel (Weihnachtsspiel) zu machen.
>
> 8. Wahr ist es, daß sodann eine kurze Vortragsübung rein religiöser Natur vom apologetischen Standpunkt aus stattfand, von seiten eines 19 1/2 jährigen der Christenlehre entwachsenen Jünglings mit freier Diskussion.
>
> 9. Wahr ist es, daß ich selbst nur dann das Wort ergriff, wenn Unrichtigkeiten vorgebracht oder vom Thema abgewichen wurde.
>
> 10. Wahr ist es, daß einige jungen Leute aus eigenem Antriebe und nicht von mir veranlaßt, erzählten, wie sie schon in der Fabrik angerempelt und verhöhnt worden seien.
>
> Hettler, Pfarrkurat.

Wir haben die betreffende Notiz der Badischen Landeszeitung entnommen. Aus der Berichtigung des Herrn Pfarrkuraten von Hörden ist immerhin zu ersehen, daß es sich hier nicht nur um religiöse Vortragsübung gehandelt hat, sondern daß die Zöglinge des Zentrums auch nach anderer Richtung hin „informiert" werden. Man weiß ja, wie das so gemacht wird. Die katholischen Organisationen stehen samt und sonders im Dienste der Zentrumspartei.

Aus Berghausen schreibt man uns: Dieser Tage fand hier im Gasthaus z. Krone unter dem Vorsitz des Oberamtmanns Turban eine landwirtschaftliche Versammlung statt. Der Hauptzweck der Versammlung war Belehrung über die Viehzucht und über die Verpflegung des Viehes. Der Herr Vorsitzende gab im Hinblick auf die herrschende Fleischnot zunächst eine statistische Uebersicht über den gegenwärtigen Viehbestand im Durlacher Amtsbezirk. In den letzten 40 Jahren habe die Bevölkerung des Amtsbezirks um rund 40 Proz. zugenommen; demgegenüber habe aber die Zunahme des Viehbestandes nicht gleichen Schritt gehalten, er sei sich so ziemlich gleich geblieben. Man hätte nun glauben sollen, der Vorsitzende werde im Anschluß an diese Mitteilungen für die schleunige Oeffnung der Grenzen eintreten. Statt dessen aber empfiehlt Herr Landwirtschaftsinspektor Kromer auf Augustenburg die Viehzucht in größerem Maßstabe zu betreiben. Die Viehzucht sei bei rationellem Betrieb rentabel. Freilich gehört zum rationellen Betrieb der Landwirtschaft vor allem eine bessere Schulbildung, was der Herr Landwirtschaftsinspektor vorzubringen vergessen hatte. Mit Recht wurde dem gelehrten Herrn von einem kleinen Landwirt entgegen gehalten, vor allem solle man dem Landwirt mit praktischen Mitteln zu helfen versuchen. Er verweise auf die durchaus ungenügende Abgabe von Streumitteln, dies treffe den Landwirt namentlich in futterarmen Gegenden sehr hart. Wenn man mit solchen Einwendungen kommt, flüchten sich die Herren immer hinter die Forstbehörde. Nun, die Landwirte wissen sehr wohl, wie notwendig die Düngung des Waldbodens durch Laub ist. Aber mehr Entgegenkommen dürfte man den Landwirten schon entgegenbringen, es ist nicht notwendig, solche Fragen nach der bureaukratischen Schablone zu regeln. Wenn man der Landwirtschaft auch nur einigermaßen in dieser Beziehung entgegenkommen würde, so wäre das für sie von größerem Nutzen, als mancher der „gelehrten" Vorträge von Herren, die von der landwirtschaftlichen Praxis so viel bezw. so wenig verstehen, wie wir Landwirte von den Geschäften der Herren Amtmänner.

Deutsches Reich.

Die Paschawirtschaft in Kamerun.

Die Nachricht, daß die Kameruner Häuptlinge, auf deren Veranlassung ein Teil der Duallaneger im Herbst eine Beschwerdeschrift gegen den Gouverneur von Puttkamer einreichte, in Kamerun strafrechtlich wegen Beamtenbeleidigung verfolgt würden, findet nun auch in amtlichen Kreisen Bestätigung. Der Köln. Zeitung zufolge hat auch der stellvertretende Bezirksamtmann in Dualla gegen die Hauptbeschwerdeführer, insbesondere auch gegen Akwa Bell, auf hohe Freiheitsstrafen erkannt.

Ausland.

Holland.

Die preußischen Polizeipraktiken gegen „lästige" Ausländer, die vor ein paar Monaten der Korrespondent des Amsterdamschen Handelsblad, Datz van Alten, sowie der Anarchist Domela Nieuwenhuis zu kosten bekamen, wurden dieser Tage bei der Budgetberatung der Zweiten Kammer vom Genossen Tak zur Sprache gebracht. — Nieuwenhuis wurde bekanntlich am 11. September in Köln arretiert, aber es dauerte sieben Tage, bis sich das holländische Konsulat darum bekümmerte. Tak fragte nun den Minister des Aeußern, ob es denn nicht möglich sei, solchen holländischen Staatsbürgern, die in die Lage kommen, unter den barbarischen Zuständen in Deutschland leiden zu müssen, durch die diplomatische Vertretung zu Hilfe zu kommen. Die Antwort, die der Minister Van Tets van Goudriaan am Montag gab, war gänzlich unbefriedigend. Er meinte, daß die Manier, wie Preußen gegen „propagandistische" Ausländer auftrete, dieselbe sei, wie die in andern Ländern übliche. Nieuwenhuis habe das Verlangen nach Hilfe des Konsulats nicht geäußert. Wollte man den Konsulen eine feste Instruktion für derartige Fälle geben, so müßten sie ihre Nasen allzu tief in Strafsachen stecken. — Genosse Tak antwortete, daß die Polizeipraxis in einigen Ländern derart sei, daß die davon Betroffenen das Konsulat nicht erreichen könnten. Für solche Fälle müßten die Konsule jedenfalls besondere Instruktionen erhalten.

Norwegen.

„Schafft uns Arbeit und Brot! Wir können nicht länger warten, denn tausende von Kinder werden Hungers sterben." 1200 Arbeitslose, denen eine Fahne mit dieser Inschrift vorangetragen wurde, zogen am Montag Vormittag durch die Straßen der Stadt Christiania, die noch vor wenigen Tagen bei dem Festjubel und Trubel des Königseinzuges aussah, als ob es in ihr überhaupt keine Not gebe. Die Arbeitslosen marschierten zuerst nach dem Storthing. Eine Deputation von fünf Mann erschien vor der Präsidentenschaft des Tings und überreichte das in der vorigen Woche von einer Arbeitslosenversammlung beschlossene Gesuch um Arbeit. Sie erhielten die Antwort, daß ihr Gesuch dem Storthing vorgelegt, und daß sobald wie möglich darüber beraten werden solle. Das ist dieselbe Antwort, die den Arbeitslosen im vorigen Jahr, die ihnen vor zwei Jahren zuteil wurde. Viel kommt erfahrungsgemäß nicht heraus bei diesen Beratungen. Schnell fertig war das Storthing mit dem Jawort, als es galt, dem Dänenprinzen als König für 700 000 Kronen jährlich „Arbeit" zu verschaffen; aber arbeitslosen Proletariern Verdienst zu geben, den Hunger ihrer Kinder zu stillen, über die Aufgabe haben die Storthingsweisen schon oft vergeblich beraten. Allerdings muß es in diesem Jahre leichter sein als früher, den Wünschen der Arbeitslosen entgegen zu kommen. Hat doch das Storthing am 27. Februar einen Antrag angenommen, durch den die Regierung aufgefordert wurde, für eine solche Einteilung der öffentlichen Arbeiten zu sorgen, daß im Winter so viel wie möglich Arbeitslose beschäftigt werden können. Das Storthing selbst hat auch dafür die Bewilligung außerordentlicher Mittel in Aussicht gestellt. Unter Hinweis auf diesen Beschluß hat Genosse Eriksen bereits in der vorigen Woche dem Storthing einen Antrag auf Wahl eines besonderen Komitees eingereicht, das über die Notstandsarbeiten beraten soll.

Vom Storthingsgebäude marschierten die Arbeitslosen nach dem königlichen Schloß. Die Deputation ging zum König, wurde freundlich empfangen und der König dankte sogar dafür, daß die Arbeitslosen zu ihm gekommen waren. Aber, sagte er, er sei konstitutioneller König und könne nichts anderes für die Arbeitslosen tun, als seine Räte auffordern, das Storthing um Abhilfe zu ersuchen. Noch einige Mitleidsworte, ein Händedruck jedem Deputierten, das war alles, was bei diesem Bittgang nach dem Königsschloß herauskam.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

(2. Sitzung.)

Karlsruhe, 15. Dez.

Gemächlich setzt sich die badische Gesetzgebungsmaschinerie in Gang. Heute brachte das Zentrum seine Anträge ein. Sie betreffen die Reform des Wahlsystems für die Kreis- und Kommunalvertretung. Für die letztere fordert das Zentrum anstelle der Zwölftelung die Sechstelung, während es für die Wahlen zur Kreisvertretung das direkte Wahlrecht verlangt. Weitere Anträge beziehen sich auf die Wiederherstellung des früheren § 49 der Schulordnung und auf die Regelung des Amtsverkündigerwesens. Minister Schenkel legte dem Hause einen Gesetzentwurf, die Eingemeindung von Zähringen in die Stadt Freiburg betr., vor, der noch vor den Weihnachtsferien verabschiedet werden soll. Das Gesetz betreffend die provisorische Steuererhebung ist ebenfalls heute dem Landtag zugegangen. Die Wahlanfechtungsdebatten, die heute begonnen haben, nehmen einen sehr ruhigen Verlauf. Von den beanstandeten Wahlen wurde bis jetzt noch keine für ungültig erklärt. Die Debatten drehen sich in der Hauptsache nur um Formalien. Ueber die in den Protesten gegen die Wahl der Abgg. Burkhard (ntl.), Reiff (kons.), Schmidt (B.-Bd.), Belzer (Zentr.) und Wittemann (Zentr.) geltend gemachten Einwände wegen der Giltigkeit der Wahl werden Erhebungen beschlossen. Demgemäß sind diese Wahlen für beanstandet erklärt worden. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dürfte es beim späteren Stadium der Wahlanfechtungsdebatten zu scharfen Auseinandersetzungen kommen und zwar im Hinblick auf die politische Tätigkeit der kathol. Geistlichen. Mehrfach sind in den Protesten Beschwerden über geistliche Wahlbeeinflussung enthalten und es wird bei dieser Gelegenheit hoffentlich eine Entscheidung darüber herbeigeführt werden, inwieweit Beamte, insbesondere aber katholische Geistliche befugt sind, innerhalb ihres amtlichen Wirkungskreises politisch propagandistisch tätig sein zu können und zu dürfen. Eine mehr als eigentümliche Haltung in dieser doch immerhin nicht unwichtigen Frage hat der Kulturkämpfer par excellence Abg. Obkircher eingenommen. Er erblickt in dem Mißbrauch der Kanzel, sowie in der politischen Agitation der Geistlichen innerhalb ihres amtlichen Wirkungskreises keine zu beanstandende Wahlbeeinflussung. Es scheint aber, daß Herr Obkircher mit dieser Auffassung in der nationalliberalen Fraktion eine isolierte Stellung einnimmt, wenigstens hat der nationalliberale Fraktionschef sich in der entgegengesetzten Richtung heute geäußert.

Morgen kommen die beanstandeten Wahlen der Abgg. Hilpert (ntl.) und Kramer (Soz.) zur Beschlußfassung. Die Wahl unseres Genossen Kramer wird voraussichtlich für ungiltig erklärt werden, da ihm zur absoluten Mehrheit 3 Stimmen fehlen. Im Anschluß an die vorläufige Erledigung der Wahlprüfungen findet morgen die Wahl des Präsidiums und die definitive Wahl der Abteilungen statt.

*

Alterspräsident **Hennig** eröffnet 3/4 10 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch: Minister **Schenkel** und Geh. Oberregierungsrat Glockner.

Minister **Schenkel** legt einen Gesetzentwurf vor betr. die Vereinigung von Zähringen und Freiburg. Alles sei vorbereitet, um die Vereinigung auf den 1. Januar 190 vorzunehmen; er bittet, den Entwurf noch in diesen Tagen zu erledigen.

Seitens des Finanzministeriums ist ein Gesetzentwurf eingegangen betr. die provisorische Steuererhebung.

Eingegangen ist eine Bitte der Steuereinnehmer assistenten, die Gehaltsverhältnisse betr.

Seitens der Abgg. **Fehrenbach** und Genossen ist eingegangen ein Gesetzentwurf, die Amtsverkündiger betr., weiter den § 3 der Gemeindeordnung betr. Einführung der direkten Wahl für die Bürgermeister und Gemeinderäte. Weiter liegen Zentrumsanträge vor auf Einführung der direkten Wahlen der Bezirksräte, auf Aufhebung des § 49 der Schulordnung. Endlich beantragt das Zentrum eine Aussprache über die geplante Landesbauordnung.

Abg. **Geck** (Soz.) referiert über die Wahl des Abgeordneten Burkhard (natl.) im 66. Wahlbezirk, gegen welche zwei Proteste vorliegen, da in zwei Orten, Adelshofen und Berwangen, der Polizeidiener und Feldhüter Wahlzettel verteilten. Die Kommission habe die beanstandeten Tatsachen getadelt, doch gelange die Abteilung zum Antrag auf Giltigkeitserklärung, da rein rechnerisch durch diese Beanstandung kein anderes Wahlresultat erzielt worden wäre. Ein weiterer Antrag geht dahin, das Material der Regierung zu überweisen zur Prüfung und die Regierung zu ersuchen, künftig in Wahlbekannt-

machungen darauf hinzuweisen, daß die Gemeindebeamten sich nicht an der Agitation beteiligen.

Die Wahl wird debattelos für unbeanstandet erklärt.

Abg **Gießler** (Zentr.) berichtet über die Wahl des Abg. Reiff im 50. Wahlkreis, gegen die ein Protest eingegangen, der 11 Beanstandungen enthält. Die Kommission beantragt, über einzelne Behauptungen Erhebungen zu machen und die Wahl zu beanstanden.

Abg **Eichhorn** (Soz.) beantragt namens seiner Fraktion noch über einige weitere Punkte Erhebungen anzustellen, die von der Abteilung für unerheblich erklärt worden seien. Wenn ein Polizeidiener Wahlzettel verteile, so sei dies eine unzulässige Wahlbeeinflussung, ebenso unzulässig sei auch das Verteilen dieser Wahlzettel durch Geistliche. Hier müsse endlich einmal bestimmte Vorschrift erlassen werden.

Abg. **Wilckens** (natl.) erklärt sich mit der Ausdehnung der Untersuchung auf die vom Vorredner angeregten Punkte einverstanden und zwar lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen.

Abg. **Zehnter** (Zentr.) ist damit gleichfalls einverstanden, doch müsse es seine Partei ablehnen, prinzipiell anzuerkennen, daß eine Wahl ungiltig sei, wenn in einem Ort ein Geistlicher Wahlzettel verteile.

Nach kurzen Bemerkungen des Berichterstatters werden die gestellten Anträge angenommen und die Wahl für beanstandet erklärt.

Abg. **Gießler** (Zentr.) berichtet sodann über die Wahl des Abg. Schmidt-Bretten im 53. Wahlbezirk, gegen welche ein Wahlprotest eingelaufen ist mit 17 Punkten der Beanstandung. Auch hier hat die Kommission einige Punkte herausgenommen, um die Regierung zu veranlassen, Erhebungen zu veranstalten. Der Antrag auf Beanstandung der Wahl wird angenommen.

Abg. **Wilckens** (natl.) betont, daß in mehreren Orten ein Geistlicher in Versammlungen ausgesprochen und zwar in Oberöwisheim: „Wenn ich sage, wie gewählt werden soll, so müßt ihr marschieren". Er stelle den Antrag, die Erhebungen auch auf diesen Punkt auszudehnen.

Abg. **Fehrenbach** (Zentr.) wünscht, daß die Beanstandungen nach einem Gesichtspunkt gemacht würden, seine Partei würde auch dem Antrag Wilckens zustimmen, ohne demselben natürlich eine präjudizielle Bedeutung beizulegen.

Abg. **Süßkind** (Soz.) betont, daß solche Aeußerungen, wie die des Geistlichen in Oberöwisheim, allerdings nach seiner Meinung von präjudizieller Bedeutung seien.

Der Antrag auf Beanstandung wird angenommen.

Abg. **Gießler** berichtet sodann über die Wahl des Abg. Belzer im 39. Bezirk (Ettlingen-Rastatt), gegen welche gleichfalls Proteste eingelaufen sind. Auch dieser Protest enthält eine Reihe Beanstandungspunkte. Wenn man die Punkte sämtlich anerkenne, so blieben für Belzer immer noch 11 Stimmen resp. 35 über die absolute Mehrheit. Ueber die Behauptung, der Pfarrer Fröhlich in Mörsch habe in der Kirche von der Kanzel herab aufgefordert, nur Katholiken zu wählen, sollen Erhebungen gemacht werden. Der Antrag geht deshalb auf Beanstandung der Wahl.

Abg. **Süßkind** (Soz.) begründet einen Antrag, die Erhebungen auf sämtliche Punkte des Protestes auszudehnen.

Abg. **Gießler** (Zentr.) hebt demgegenüber hervor, daß die Kommission die angezogenen Punkte auch gerügt habe, sie habe dieselben aber nicht beanstandet, da das Endresultat nicht alteriert werde.

Abg. **Süßkind** (Soz.) hebt hervor, daß es sich nicht um die einzelnen Wahlzettel handle, sondern um einen Verstoß gegen das Wahlgesetz überhaupt, so daß die Wahl in Illingen überhaupt kassiert werden müsse.

Abg **Fehrenbach** (Zentr.) erklärt, daß seine Partei für die Kommissionsanträge stimmen werde, da man hier keine Strafkammer, sondern lediglich eine Prüfungskommission sei. Die vorgekommenen Ungehörigkeiten hätten das Endresultat nicht geändert.

Abg. **Wilckens** (natl.) stellt fest, daß der Hauptpunkt des Protestes der Mörscher Fall sei.

Abg. **Süßkind** (Soz.): Wenn man seinen Anträgen nicht stattgebe, so werde man auf Wahlverstöße und Ungesetzlichkeiten geradezu eine Prämie setzen.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

Abg. **Breitner** (Zentr.) berichtet über die Wahl des Abg. Wiedemann-Bruchsal, gegen welche gleichfalls ein Protest eingegangen. In demselben wird bemängelt, daß in drei Wahlbezirken niemand angestellt sei, der die abgestempelten Wahlkuverts abgegeben habe. (§ 50 des Wahlgesetzes.)

Die Kommission beantragt Erhebungen darüber anzustellen, ob es dem Verteiler noch möglich, bei der Verteilung der Umschläge seine Tätigkeit als Wahlvorstandsmitglied gewissenhaft zu erfüllen.

Weiterhin sei in einem Bezirk das Wahlgeheimnis verletzt worden durch ein ungenügendes Wahllokal.

Die Kommission beantragt auch hier für einzelne angegebenen Punkte Erhebungen zu veranstalten.

Abg. **Fehrenbach** (Zentr.) hält es für zulässig, daß ein Mitglied der Wahlkommission die Arbeit der Verteilung der Kuverte übernehme. In Freiburg habe man dies direkt beschlossen, da die Beschaffung der notwendigen Personen für eine Wahlkommission oft recht schwer sei.

Abg. **Muser** (Dem.) hält eine einheitliche Praxis für geboten und kann nicht anerkennen, daß eine Verwendung der Wahlkommissionsmitglieder zur Verteilung der Umschläge dem Gesetze entspreche. Jedenfalls gehöre die Wahlkommission an den Wahltisch.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. **Wilckens** (natl.), **Eichhorn** (Soz.), **Fehrenbach** (Zentr.) wird dem Kommissionsantrag zugestimmt, nachdem man anerkannt, daß eine einheitliche Regelung notwendig sei und Abg. **Kopf** (Zentr.) ausgeführt, daß für diesen Landtag eine Verletzung dieser Vorschrift nicht zur Ungiltigkeit der Wahl führen könne. In der Geschäftsordnungskommission sollte jedenfalls diese Frage eine eingehende Erörterung finden.

Abg. **Fehrenbach** (Zentr.) berichtet über die Wahl Wittemanns in Bonndorf, der mit 9 Stimmen über die Mehrheit gewählt worden ist. Gegen die Wahl ist ein Protest eingegangen, über dessen Hauptpunkte Erhebungen beantragt werden. Es wird demgemäß die Wahl für beanstandet erklärt und die Erhebungen beschlossen.

Nächste Sitzung: Samstag halb 9 Uhr. Tagesordnung: Präsidentenwahl, Bildung der definitiven Abteilungen, Wahlprüfungen.

Aus der Partei.

Dr. Ludwig Franks Rede über die Revolution in Rußland ist nunmehr im Druck erschienen. Nach auswärts erfolgt der Einzelversand gegen Einsendung von 25 Pf. in Briefmarken. Die Broschüre enthält in volkstümlicher, leicht verständlicher Darstellung alles zum Verständnis der gewaltigen Freiheitsbewegung in unserem östlichen Nachbarreich erforderliche Material und wird bei dem stetig wachsenden Interesse für die Zustände in Rußland in Arbeiter- und Bürgerkreisen umsomehr Anklang finden, als eine ähnlich knappe und doch erschöpfende Darstellung der Ursachen, Begleiterscheinungen und Wirkungen des welterschütternden Dramas in der Litteratur der deutschen Arbeiterklasse bisher noch fehlte. Wir können die Anschaffung des hübsch ausgestatteten Heftchens unsern Parteigenossen nur empfehlen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

E. **Freiburg**, 15. Dez. „Schon längst sind sich klare Köpfe darüber im Reinen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften unfähig sind, große Kämpfe siegreich zu führen", also verkündet der Freiburger Bote seinen gläubigen Lesern. Er hebt dabei auf den Streik der Textilarbeiter in Sachsen ab. Wir kennen die Gründe nicht, welche die Verbandsleitung der Textilarbeiter zu ihrem Vorgehen bestimmten.

Eines wird vielleicht aber auch der Bote begreifen, daß die christlichen Gewerkschaften gar nicht an große Kämpfe denken dürfen. Wer so kläglich versagt wie die Christlichen beim Schreinerstreik in Köln, wer nicht einmal den Mut und die Mittel hat, einen solchen Kampf zu führen, der sollte vor der eigenen Türe kehren. Dann hat vielleicht der Bote auch schon etwas gelesen von den großen Kämpfen, welche die Bauhandwerker in den letzten Jahren siegreich geführt und zwar ohne Unterstützung der „Christlichen". Wenn die Textilarbeiter eine Niederlage erlitten haben, dann ist nicht die Verbandsleitung schuld, sondern der Umstand, daß ein Teil der Arbeiter gar nicht organisiert und der andere Teil in verschiedenen Organisationen zersplittert ist und in der unheilvollen Zersplitterung der Arbeiter sehen die Christlichen ihre Hauptaufgabe.

Ein glänzender Sieg der freien Organisation der Bergleute, der zugleich eine klatschende Ohrfeige für die Zechenbesitzer und die preußische Regierung bildet, wird dem Vorwärts aus Bochum gemeldet. Bei der Berggewerbegerichtswahl erhielt der Verband 51 Sitze. Dem Gewerkverein fielen 6, den Polen und der Zechenpartei je 1 Beisitzer zu. 27 Bezirke stehen noch aus.

Badische Chronik.

Pforzheim, 16. Dez. Am Sonntag, den 31. Dez., dürfen laut bezirksamtlicher Bekanntmachung in der Papier-, Eisen-, Lebensmittel- und Zigarrenbranche bis abends 7 Uhr Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter beschäftigt und die Verkaufsläden offen gehalten werden. Daß am Sylvester, der dieses Jahr auf Sonntag fällt, das Publikum in die angenehme Lage versetzt wird, bis 7 Uhr abends seinen nötigen Vorrat an Gratulationskarten, Sylvesterpunsch und Zigarren einkaufen zu können, ist ihm gewiß nicht zu verübeln, wenn es auch bedauerlich ist, daß die Gehilfen usw. der Verkaufsgeschäfte, welche sowieso schon seit Wochen keinen freien Sonntag mehr hatten, zur Arbeit gezwungen werden. Warum man aber den Eisenhandlungen am Sonntag, den 31., bis 7 Uhr abends Verkaufserlaubnis gibt, wäre unerfindlich, wenn man nicht wüßte, daß diese Geschäfte zur Neujahrszeit die für viele alte und junge Kinder so nötigen Feuerwerkskörper zum Verkauf bringen.

Das Bezirksamt begeht eine Inkonsequenz, wenn auf der einen Seite der Verkauf von Feuerwerkskörpern und dergl. erleichtert und anderseits das Abbrennen unter Strafe gestellt wird.

— Einen Mordversuch unternahm am Donnerstag Mittag der italienische Arbeiter Specia, wohnhaft im Stadtteil Brötzingen, auf seine von hier gebürtige Ehefrau, mit der er seit 8 Jahren verheiratet ist. Der Mann war eifersüchtig, kaufte sich einen Revolver und schoß auf seine Frau eine Kugel ab, die aber das Ziel verfehlte und später in der Küche gefunden wurde. Nach seiner Verhaftung gab er die Absicht, erst seine Frau und dann sich töten zu wollen, zu.

— Beim hellen Tage, nachmittags 2 Uhr, wurde die Ladenkasse im Gemüse- und Flaschenbiergeschäft von Grießheimer in der Lammstraße erbrochen und ihres Inhalts mit zirka 240 Mk. beraubt. Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur.

* **Appenweier**, 15. Dez. Durch den Brand des Fabrik-Etablissements Dreyfuß u. Cie. werden 60 Arbeiter beschäftigungslos. Der Warenschaden beträgt etwa 60 000 Mk. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

* **Lahr**, 15. Dez. Die hiesige Handelskammer hatte die Tabakinteressenten des Bezirks auf Dienstag nach Lahr berufen behufs Stellungnahme zu der geplanten Erhöhung der Tabaksteuer. Die Interessenten sprachen sich gegen jede Erhöhung der Zoll- und Steuersätze auf Rohtabake aus. In der nächsten Plenarversammlung der Handelskammer kommt der Gegenstand zur Beratung.

Litschenbach (A. Lahr), 16. Dez. Hier brannte der Kämpfenbauernhof, Besitzer Hofbauer Pfaff, nieder. Die Fahrnisse wurden ein Raub der Flammen. Auch kamen 2 Schweine um.

Triberg, 13. Dez. Als Zeichen der Zeit muß bezeichnet werden, daß in Nr. 147 des hiesigen Amtsverkündigers nicht weniger wie fünf Zwangsversteigerungen für die nächste Zeit angezeigt werden. Zu der jetzt vor Weihnachten vielfach betonten Friedensstimmung dürfte dies für die Beteiligten wohl kaum beitragen.

Emmendingen, 14. Dez. Zu dem Artikel in Nr. 291 des Volksfr. (Generalversammlung der Ortskrankenkasse Emmendingen betr.) ist zu berichtigen, daß die Zeitvergütung unseres 1. Vorsitzenden etwas zu hoch angegeben ist, dagegen die Neuanschaffungen wie Kontoreinrichtungen, Kassenschrank, Telephoneinrichtung, Geschäftsbücher, Gesetzbücher usw. zu niedrig. Unsere Ortskrankenkasse besteht seit 1. Januar d. Js. und was wir bis jetzt zu arbeiten gehabt haben, weiß scheints der Berichterstatter nicht. Uebrigens ist zu konstatieren, daß bis jetzt der Gesamtvorstand gut miteinander gearbeitet hat. Sollen etwaige Aenderungen notwendig werden, so wird dies im Interesse der Kasse geschehen. Weiter ist nicht richtig die Bemerkung von der Teilnahmslosigkeit der Arbeitnehmervertreter; ein Dutzend sind nicht mehr am Orte.

Ein Vorstandsmitglied.

Lörrach, 12. Dez. In Steinen wurde ein Fortbildungsschüler wegen Notzucht und Notzuchtversuchs an einem vierzehnjährigen und einem ihm gleichaltrigen Mädchen verhaftet.

Plittersdorf, 15. Dez. Im Rheine wurde eine unbekannte männliche Leiche geländet.

* **Konstanz**, 15. Dez. Der bekannte Gasthof zum Hohen Haus wurde um 100 000 Mk. an die Aktienbrauerei zum Sternen in Gottmatingen verkauft. Das Hohe Haus ist geschichtlich berühmt. Es diente dem Burggrafen von Nürnberg als Aufenthaltsort, als dieser zum Konsil in unserer Stadt weilte und 1415 durch den Kaiser Sigismund hier mit der Mark Brandenburg belehnt wurde. Erbaut wurde das Haus 1294 durch Bischof Heinrich II. von Kingenberg und dessen Bruder, dem Reichsvogt.

— Die Schweineschlachtungen im Schlachthaus in den Monaten August, September und Oktober sind gegen 1904 um 411 Stück und gegen 1903 um 142 Stück zurückgegangen. Das Schlachtgewicht der einzelnen Stücke ist durchschnittlich um 10 kg zurückgegangen.

Mannheim, 14. Dez. Die Direktion der Ludwigshafener Walzmühle erklärte die Nachricht, daß der Aufsichtsrat beschlossen habe, die Mühle an dem gleichen Platz wieder aufzubauen, für unrichtig, vielmehr sei die Verlegung des Hauptbetriebes nach Mannheim ernstlich erwogen und die Direktion mit der Ausarbeitung diesbezüglicher Pläne beauftragt worden. Diesen Erwägungen ständen auch die Bestimmungen der bayerischen Versicherungskasse nicht entgegen.

— Um die durch das Brandunglück in der Walzmühle allenfalls beschäftigungslos werdenden Leute unterbringen zu können, wendet sich das städtische Arbeitsamt Ludwigshafen in einer öffentlichen Bitte an die Arbeitgeber, bei Arbeitereinstellungen diese zu berücksichtigen

Resultate der Volkszählung.

Wyhl 2972 (m. 79), Ottersweier 1890 (m. 96), Rothenfels 1789 (m. 115).

Gemeindezeitung.

Bulach, 15. Dez. Den Wahlberechtigten zur Gemeinderatswahl sei zur Kenntnis gebracht, daß die Wählerliste zur Ersatzwahl eines Gemeinderats im Gasthaus zur Krone zu jedermanns Einsicht offen liegt. Es liegt somit im Interesse eines jeden Wählers, den Uebelstand, wie er bei der Landtagswahl vorgekommen war, zu beseitigen, damit er in die Wählerliste eingetragen ist.

d. **Durlach**, 14. Dez. Am Montag fand hier eine Bürgerausschußsitzung statt. Der Bürgermeister Dr. Reichard eröffnete dieselbe um 5 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte er eine Einsprache von 4 Wählern vor, welche, weil durch Krankheit bezw. Arbeitslosigkeit, zeitweise von der Umlagezahlung entbunden, nicht in die Wählerliste aufgenommen wurden. Der Bürgermeister bittet darum, da durch die Aufnahme der Genannten an dem Resultat nichts geändert werde und um die Wahl nicht verschieben zu müssen, um Aufnahme derselben in die Liste.

Genosse Horst, welcher sich zu dieser Angelegenheit äußerte, faßte seine Ausführungen dahin zusammen, daß es ihm lieber wäre, wenn die Sache höhererseits entschieden würde. Die Abstimmung ergab Zulassung zur Wahl.

Die eigentliche Tagesordnung war sehr reichhaltig, wurde jedoch in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt. Von Interesse war nur dabei die Ablösung der Bezüge der evangelischen Pfarreien und die Fassung der Lutzbrunnenquelle, zu deren Besichtigung Stadtbaumeister Hauk einlud. Die anderen Vorlagen betrafen Straßenanlagen und Geländekäufe zur Waldanlage.

Bei Verkauf von Gelände macht der Vorsitzende bekannt, daß bei weiteren Verkäufen er einmal das Erbbaurecht in Anwendung bringen wolle.

Nach Verbescheidung der städtischen Rechnungen wurde die Sitzung geschlossen.

Forchheim, 14. Dez. Die Wählerlisten zu den Bürgerausschußwahlen liegen von heute an bis zum 21. Dezember zur Einsicht usw. auf dem Rathaus offen. Außerdem liegt eine Abschrift im Gasthaus zur Lokalbahn auf. Versäume daher kein Wähler, sich zu überzeugen, ob er in der Wählerliste steht. In der ersten Klasse wählen 37, in der zweiten Klasse 111, in der dritten Klasse 182 Wähler. Unser ungerechtes Wahlrecht gibt den 37 Reichen so viel Recht, wie den 183 Arbeitern.

Genossen, sorgt dafür, daß wir bei dieser Wahl außer der dritten Klasse auch die zweite Klasse wieder erobern. Dieses kann und wird geschehen, wenn jeder Genosse seine Pflicht tut.

Waldshut, 15. Dez. Bei der Bürgerausschußwahl in der Klasse der Mittelbesteuerten wurden 11 Zentrumsleute und 1 Liberaler, der auf beiden Vorschlägen stand, gewählt. Es erhielten Stimmen: das Zentrum 93—88, die Liberalen 59—50.

Aus dem Reiche.

Berlin, 15. Dez. Ein wild gewordener Bulle verursachte vorgestern im Stadtteil Moabit große Aufregung und eine längere Verkehrsstörung. Das Tier, das anscheinend nicht abgeblendet transportiert wurde, hatte sich in Plötzensee von seinem Führer losgerissen und jagte, vom Königsdamm kommend, durch die Beusselstraße. Einen Arbeiter, der bei dem Bahnhofe Beusselstraße den Versuch machte, den Bullen aufzuhalten, erfaßte das Tier mit den Hörnern und schleuderte ihn in die Luft. Glücklicherweise kam der Angegriffene mit leichten Verletzungen davon. In der Huttenstraße stellte sich das wild gewordene Tier auf den Fahrdamm der Straßenbahn und hinderte den Verkehr. Hier gelang es endlich einem der Verfolger, dem Bullen ein Seil über die Hörner zu werfen; zehn Männer erfaßten das Tau, um das Tier festzuhalten. Der Stier setzte sich aber wieder in Bewegung und riß alle zehn Personen zu Boden. Nun jagte er der Turmstraße zu, wo es endlich einem Manne gelang, dem Tier einen Ueberzieher über den Kopf zu werfen und in dieser Weise abzublenden. Jetzt konnte das Tier gefesselt und nach Plötzensee zurückgeführt werden.

Berlin, 15. Dez. Wie die Deutsche Tageszeitung mitteilt, hat der bekannte Politiker und Parlamentarier Graf Mirbach auf einem Jagdgang einen Wilddieb erschossen als dieser auf wiederholtes Anrufen das Gewehr auf den Grafen anschlug.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 16. Dezbr.

Ueber die große Polizeiaktion

am Sonntag wird allmählich der Schleier gelüftet. Was man darunter erblickt, ist so unglaublich, daß wir starke Bedenken hegen würden, diese Dinge ans Licht der Oeffentlichkeit zu ziehen, wenn uns nicht eine absolut sichere Quelle für ihre Wahrheit bürgte. Es kann nach den getroffenen Vorbereitungen kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß man event. Straßendemonstrationen mit dem ganzen Aufgebot der organisierten Polizeimacht begegnen wollte. Was dann entstanden wäre, das auszumalen überlassen wir der anscheinend sehr üppig entwickelten Phantasie derjenigen, welche diese staatsretterische Tat in Szene setzten.

Es steht nunmehr fest, daß am vorigen Sonntag in Bereitschaft standen:

Im Markgräflichen Palais	20	Schutzleute.
„ Bezirksamt	10	„
„ Kolosseum	4	„
„ vor dem Kolosseum	2	„
Summa:	**36**	**Schutzleute.**

Vorgesetzte waren dienstlich engagiert: Im Kolosseum 1 Wachtmeister, 1 Kommissär und 1 Referendär; im Bezirksamt und im Markgräflichen Palais je 1 Kommissär. Und — last not least — ein radfahrender Schutzmann in Zivil hatte für den Verbindungsdienst zwischen den Polizeidomänen zu sorgen.

Somit waren zur Ueberwachung einer einzigen Versammlung sage und schreibe

42 Polizeibeamte

in Bewegung gesetzt worden. Damit auch der Humor zu seinem Rechte kommt, wollen wir noch mitteilen, daß die Avantgarde im Markgräfl. Palais plaziert war. Nur junge kräftige Leute hatte man zu den erwarteten Heldenleistungen herangezogen. Der „Bande im Kolosseum" wollte man die volle Wucht staatlicher Polizeigewalt fühlen lassen; von halb 10 Uhr bis halb 1 Uhr waren die 20 Mann beordert. Die Versammlung dauerte bekanntlich bis nach halb 2 Uhr, so daß die Geduld der Kommandierten auf eine harte Probe gestellt worden war.

Im Bezirksamt saßen die älteren Beamten, die jedenfalls als „Nachhut" Verwendung finden sollten. Der „radfahrende Zivilist" hatte ständig über die Situation zu berichten.

Wir fragen nun allen Ernstes:

1. Wer hat Auftrag gegeben, dieses Massenaufgebot von Schutzleuten zu entfalten?
2. Welchen Zweck verfolgte man mit dieser in Karlsruhe einzig dastehenden Polizeiaktion?
3. Welche Gründe hat man für eine derartige Verschwendung der Dienststunden der Polizeimannschaft, zumal viele Beamte dadurch ihren freien Sonntag eingebüßt haben?

Soweit wir übersehen konnten, hat sich bis jetzt das amtliche Organ der badischen Regierung, die Karlsruher Zeitung, noch mit keiner Zeile über die Vorkommnisse am Sonntag geäußert. Ist das Regierungsreptil jetzt abermals zum Schweigen verurteilt, dann kündigen wir schon heute an, daß der verantwortliche Minister, Herr Dr. Schenkel, im Landtage zum Reden gezwungen werden wird.

Nach Konstanz Karlsruhe. — Das badische Ministerium hat es jetzt eilig, von der Volksmeinung allmählich die gleiche Zensur wie die preußische Zuchtregierung zu erhalten. Nun gilt kein Maulspitzen mehr, jetzt muß gepfiffen werden!

Nach den Tabakarbeitern die Brauer.

Am morgigen Sonntag, nachmittags halb 3 Uhr, findet im Schremppschen Bierkeller in der Beiertheimer Allee eine Protest-Versammlung der Brauereiarbeiter von Karlsruhe und Umgebung statt. Das einleitende Referat zu übernehmen hat man Genosse Weißmann ersucht. In Frankfurt a. M., Berlin und anderen Städten haben auch die Brauereibesitzer bereits Stellung zur Biersteuervorlage genommen.

Auch die Christlichen protestieren.

Sie haben allmählich doch erkannt, daß die bekannte Phrase: Die Gewerkschaften haben sich um politische Dinge nicht zu kümmern, haltlos ist. Selbst der Beobachter sagt: „Die gesamte Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, gegen die vom Bundesrat geplanten neuen Reichssteuern, welche die Mehrkosten für Flotte und Heer auf die breiten Massen des Volkes abwälzen möchten, energisch Front zu machen." Na also! Als vor drei Jahren der fluchwürdige Zolltarif den Gegenstand des heftigsten Protestes der sozialdemokratischen Arbeiterschaft bildete, da erklärten die christlichen Arbeiter seelenruhig: Das ist eine politische Angelegenheit, die geht uns nichts an. Man durfte nicht protestieren, weil ja das Zentrum der enragierteste Anhänger des Zolltarifs war. Bei der Flottenvorlage und den neuen Steuerplänen gestattet die hohe Parteileitung den Arbeitern den Protest. Die Versammlung findet morgen Nachmittag 2 Uhr im Saale der Alten Brauerei Bischoff in der Herrenstraße statt; Einberuferin ist das christliche Gewerkschaftskartell. Es leistet sich in der Versammlungseinladung die Randbemerkung: Alle christlich- und nationalgesinnten Arbeiter ꝛc. Den Witz konnte es sich sparen. Die Karlsruher Arbeiterschaft hat imposanten Protest bereits erhoben; sie hat nicht abgewartet, ob das christliche Gewerkschaftskartell auch Arbeiterinteressen zu vertreten gewillt ist.

Schade, daß solche Blüten nicht mitunter der Reichsschatzsekretär v. Stengel zu lesen bekommt. Er würde humorvoll sagen: Komische Leute; als ob ich beim Zahlen einen Unterschied zwischen christlichen und sozialdemokratischen Arbeitern mache!

Zur Konsumvereinsfrage.

Die Geschäftsstelle des hiesigen Konsumvereins schreibt uns: Der Verfasser der gestrigen Notiz im Volksfreund über die Frage des Konsumvereins scheint das Wesen der Genossenschaften zu verkennen. Man darf doch nicht von der Ansicht ausgehen, möglichst viele Verkaufsstellen zu errichten, sondern die Konzentration des Verkaufs muß zu dem Vorteil beitragen, der durch das Genossenschaftswesen erzielt werden soll. Die Ausgaben für Miete, Beleuchtung und Bedienung bleiben dieselben, ob hundert oder tausend in einem Laden kaufen. Nur dann ist eine Verkaufsstelle von der eines Krämers zu unterscheiden, wenn möglichst viele feste und bestimmte Kunden in einer solchen Verkaufsstelle ihre Waren decken. Das hat eben den Vorteil, daß man seinen Bedarf abschätzen, und so die Konsumenten vor alter und schlechter Ware schützen kann.

Die Verwaltung des Konsumvereins wird von Neujahr ab eine Reorganisation des Geschäftes vornehmen und durch Agitation und Aufklärung Einrichtungen treffen, wo es ermöglicht wird, den Wünschen der Konsumenten mehr als bisher gerecht werden zu können. Wir wollen hoffen, daß auch die Karlsruher Arbeiterschaft, insbesondere die Gewerkschaften, mitarbeiten, um so einen Konsumverein zu erhalten, wie er in anderen Städten schon längst zum Nutzen der Arbeiter besteht.

Stallmeister und Organisation.

Die Verbandsleitung der Brauer bittet uns um Aufnahme des nachfolgenden: Seitdem sich einige Bierführer der Brauerei Höpfner dem Verbande angeschlossen haben, kennt der Aerger des Stallmeisters Amen keine Grenzen mehr. Selbst die Frühschoppen, die Herr Amen früher in so ausgedehntem Maße in fröhlicher Stammtischrunde verbracht hat, haben seit einiger Zeit ihren Reiz verloren, seitdem diese verdammten Verbändler ihren Einzug in das Kommandogebiet dieses Herrn gehalten haben. Eines vermissen wir jedoch leider heute noch, einen etwas anständigeren Ton gegenüber den Bierführern. Daß Herr Amen die Bierführer vor dem Verkehr mit anderen Kollegen warnt, beweist uns ja nur seine heillose Angst vor dem Verbande und würde uns weiter auch nicht kümmern. Dagegen möchten wir uns Ausdrücke wie Lümmel, Faulenzer, Lumpenpack ꝛc. ein für allemal verbitten, widrigenfalls wir gezwungen wären, etwas andere Saiten aufzuziehen. Der Herr Amen möge bedenken, daß er in einem Fabrikbetriebe und nicht auf dem Kasernenhof vor Rekruten steht.

Aber auch die Stallmeister verschiedener anderer Brauereien möchten wir ersuchen, ihr militärisches Wesen etwas zu ändern und sich nicht allzu viel an ihre Kasernenzeiten zu erinnern.

Berechtigter Antrag.

Ein Antrag des Vereins Frauenbildung—Frauenstudium, Abteilung Karlsruhe, das geplante Ortsstatut über den Pflichtbesuch der hiesigen Gewerbeschule auch auf die fortbildungspflichtigen gewerblichen Arbeiterinnen und zwar in erster Reihe auf die Schneiderinnen, Putzmacherinnen und Büglerinnen, sodann auf die Buchdruckerhilfsarbeiterinnen und die in der Buchbinderei und Kartonagenindustrie beschäftigten Arbeiterinnen auszudehnen, wurde vom Stadtrat zunächst an den Gewerbeschulrat zur Beratung und Antragstellung verwiesen.

Vorbedingung der Durchführung eines solchen Antrages ist natürlich: Freigabe der betr. Unterrichtsstunden durch den Unternehmer, bei welchen die Mädchen beschäftigt sind.

* **Die hiesige Freie Vereinigung Karlsruher Künstler und Kunstfreunde Heimatliche Kunstpflege** veranstaltet am Montag den 18. Dezember, abends 8 Uhr, ihren zweiten Diskussionsabend, im Anschlusse an einen durch Lichtbilder erläuterten Vortrag des Malers Herrn Hans Kampffmeyer hier über das Thema Gartenstadt und Kunstpflege. Die Vereinigung hat sich, um eine möglichst vielseitige Diskussion herbeizuführen, entschlossen, für Nichtmitglieder eine beschränkte Anzahl von Eintrittskarten zu der genannten Veranstaltung auszugeben, welche im Vorverkauf in der Buchhandlung von E. Kundt, Kaiserstraße 124, hier, zum Preise von 1 Mk. zu haben sind.

* **Straßenbahn.** Die neue Linie wird morgen Sonntag eröffnet. Den neuen Fahrplan finden Interessenten im Inseratenteil der heutigen Nummer.

* **Zu der Gewährung der Teuerungszulage** seitens der Zigarrenfirma W. Rieger u. Co. schreibt man uns aus Tabakarbeiterkreisen noch: Die Teuerungszulage ist gewiß akzeptabel, leider beträgt sie pro Woche nur 30—40 Pf. Wenn die bürgerliche Presse jetzt in Verzückung schwelt, so ist es unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, daß andere Firmen, die nicht einmal in Großstädten sich befinden, bedeutend höhere Akkordsätze bezahlen. Auch haben die Arbeiter mancher anderen Fabrik noch kürzere Arbeitszeit wie die der Firma Rieger u. Ko. Wenn die Tatsache besteht, und sie wird nur oft genug bestätigt, daß die Arbeiter mit 15 bis 17 Mk. zu Hause gehen, dann hat man keine Veranlassung, diese großen Jubelfanfaren anzustimmen, wie es kürzlich die bürgerliche Presse getan hat.

* **Die Arbeiterkantine** am städtischen Rheinhafen hatte in der Zeit vom 1. Dezember 1904 bis dahin 1905 einen Umsatz von 31 652 Mk. 74 Pfg. und einen Ueberschuß von 749 Mk. 23 Pfg. zu verzeichnen. An dem Besuch der Kantine sind beteiligt die Arbeiter des Hafenamts, die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerks sowie die Bahn- und Zollbediensteten am Rheinhafen. Die Verteilung des Ueberschusses an die beteiligten Arbeiter erfolgt nach dem Vorschlag des städtischen Hafenamts. Die ungedeckten Aufwendungen der Stadt für die Kantine (Lohn des Kantiniers, Heizung und Beleuchtung des Lokals und die Verwaltungskosten betragen etwa 750 Mk.

* **Die Errichtung einer zweiten höheren Mädchenschule** in der Oststadt wird vom Stadtrat in Erwägung gezogen. Der Aufsichtsrat für die schon bestehende Anstalt soll zunächst sein Gutachten abgeben.

* **Lieber ins Gefängnis, wie in die Zwangserziehung.** Einer schweren Tat, des versuchten Straßenraubs, war der 17 Jahre alte Franz Josef Kirchgäßner von hier vor dem Landgericht I Karlsruhe angeschuldigt. Die Anklage gegen Kirchgäßner, der zuletzt in der Zwangserziehungsanstalt Flehingen untergebracht war, wurde auf Grund einer freiwilligen Anzeige desselben erhoben. Im Oktober legte der Angeschuldigte dem Anstaltsleiter das Geständnis ab, er habe am 6. September 1904 morgens, etwa um 3 Uhr, als er mit seiner damaligen Dienstgeberin, der Obsthändlerin Katharina Röhm in Klingenmünster, in deren Planwagen nach Karlsruhe zum Markte fuhr, der 73jährigen Frau, die in ihrem Wagen eingeschlafen war, in der Nähe von Mühlburg mit einem eisernen Pfundgewicht einen Schlag auf den Kopf versetzt, um sie zu betäuben und sie dann zu berauben. Seinen Anschlag habe er aber nicht vollständig ausführen können, da die Frau rasch zu sich gekommen und deren Tochter, die ebenfalls im Wagen geschlafen habe, erwacht sei. Die Angaben des Angeklagten erwiesen sich als richtig. Die alte Frau hatte damals auf dem Wege nach Karlsruhe eine schwere Kopfverletzung erlitten, deren Ursache sie aber nicht feststellen konnte. Sie mußte sich nach ihrer Ankunft in Karlsruhe verbinden lassen.

Auch in der Gerichtsverhandlung wiederholte Kirchgäßner sein freiwilliges Geständnis. Er hatte dasselbe übrigens nicht abgelegt aus Reue über seine Tat, sondern weil er die strenge Zucht der Zwangserziehungsanstalt mit dem Gefängnisse, in dem er sich wohler befindet, vertauschen wollte. Der Angeklagte wurde zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

* **Die Schwimmhalle** des städtischen Vierordtbades wird wegen Reinigung und Ausbesserung für die Zeit vom 18. Dezember ds. Js. bis mit 1. Januar k. Js. geschlossen.

* **Der frühere Orchesterdirektor E. Spies,** langjähriger Dirigent des Instrumentalvereins, ist gestern Mittag gestorben.

* **Wegen Urkundenfälschung** und Betrug wurde ein Dienstknecht aus Heidelberg angezeigt, weil er sich auf einen gefälschten Bestellzettel bei einem Geschäftsmanne Waren im Betrag von 25 Mk. und ein 17 Jahre alter Hausbursche aus Weingarten, der auf dieselbe Weise sich ein kleines Darlehen erschwindelte.

* **Raffinierter Diebstahl.** Am 8. ds. Mts. kamen einer Köchin, die, während sie bei einem Arzte in der Sprechstunde war und ihr Handtäschchen im Vorraum hängen ließ, 36 Mk. abhanden.

Als Volksvorstellung

wird morgen Nachmittag im Hoftheater Lessings: **Nathan der Weise** gegeben. Lessing singt in diesem dramatischen Gedicht das Hohelied der Duldung und der Lauterkeit des Charakters, denn wir sind alle — Menschen. Die nachfolgende Erzählung Nathans über den echten Glauben gibt uns den Schlüssel zum Verständnis des Stückes, weshalb wir sie hier wiedergeben. Die Theaterbesucher, welche den Nathan noch nicht gelesen, können sich, wenn auch nur im kleinen, eine Vorstellung von dem Inhalt des Stückes machen. Geschildert ist, wie der Jude Nathan dem Sultan seine Weltanschauung vorträgt.

Nathan: Vor grauen Jahren lebt ein Mann in Osten,
Der einen Ring von unschätzbarem Wert
Aus lieber Hand besaß. Der Stein war ein
Opal, der hundert schöne Farben spielte,
Und hatte die geheime Kraft, vor Gott
Und Menschen angenehm zu machen, wer
In dieser Zuversicht ihn trug. Was Wunder,
Daß ihn der Mann im Osten darum nie
Vom Finger ließ und die Verfügung traf,
Auf ewig ihn bei seinem Hause zu
Erhalten? Nämlich so. Er ließ den Ring
Von seinen Söhnen dem geliebtesten;
Und setzte fest, daß dieser wiederum
Den Ring von seinen Söhnen dem vermache,
Der ihm der liebste sei, und stets der liebste,
Ohn' Ansehn der Geburt, in Kraft allein
Des Rings, das Haupt, der Fürst des Hauses werde. —
Versteh mich, Sultan.

Nathan: So kam nun dieser Ring, von Sohn zu Sohn,
Auf einen Vater endlich von drei Söhnen,
Die alle drei ihm gleich gehorsam waren.
Die alle drei er folglich gleich zu lieben
Sich nicht entbrechen konnte. Nur von Zeit
Zu Zeit schien ihm bald der, bald dieser, bald
Der dritte, — so wie jeder sich mit ihm
Allein befand, und sein ergießend Herz
Die andern zwei nicht teilten, — würdiger
Des Ringes, den er denn auch einem jeden
Die fromme Schwachheit hatte zu versprechen.
Das ging nun so, so lang' es ging. — Allein
Es kam zum Sterben, und der gute Vater
Kommt in Verlegenheit. Es schmerzt ihn, zwei
Von seinen Söhnen, die sich auf sein Wort
Verlassen, so zu kränken. — Was zu tun? —
Er sendet in geheim zu einem Künstler,
Bei dem er, nach dem Muster seines Ringes,
Zwei andere bestellt und weder Kosten
Noch Mühe sparen heißt, sie jenem gleich,
Vollkommen gleich zu machen. Das gelingt
Dem Künstler. Da er ihm die Ringe bringt,
Kann selbst der Vater seinen Musterring
Nicht unterscheiden. Froh und freudig ruft
Er seine Söhne, jeden insbesondere,
Gibt jedem insbesondere seinen Segen —
Und seinen Ring — und stirbt. — Du hörst doch, Sultan?

Sultan (der sich betroffen von ihm gewandt):
Ich hör', ich höre! — Komm mit deinem Märchen
Nur bald zu Ende. — Wird's?

Nathan: Ich bin zu Ende,
Denn was noch folgt, versteht sich ja von selbst.
Kaum war der Vater tot, so kommt ein jeder
Mit seinem Ring, und jeder will der Fürst
Des Hauses sein. Man untersucht, man zankt,
Man klagt. Umsonst; der rechte Ring war nicht
Erweislich — fast so unerweislich als
Uns jetzt — der rechte Glaube.

Reichstag.

Berlin, 15. Dez.

13. Sitzung.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Am Bundesratstische die Staatssekretäre Graf Posadowsky, Frhr. v. Stengel, Frhr. v. Richthofen, Kraetke, der Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg und die Minister Frhr. v. Rheinbaben, v. Einem und Oberst v. Deimling.

Es folgt der

2. Nachtragsetat für Südwestafrika,

durch den die Mittel für den Bau einer Eisenbahn Lüderitzbucht-Kubub gefordert werden.

Nach einem Referat des Abg. Prinzen **Arenberg** (Ztr.) wird nach kurzen zustimmenden Erklärungen der Abgg. Dr. Müller-Sagan, Frhr. v. Richthofen, Schweickhardt, Lattmann, Graf Arnim und Bassermann die Vorlage in 2. Lesung angenommen.

Es folgt die

Fortsetzung der Etatsberatung.

Abg. **Ablaß** (freis. Vp.) erklärt, er beabsichtige ebenfalls eine Reihe von Beschwerden aus den Kolonien vorzubringen und betont, daß sie auf amtlicher Grundlage beruhen. Besonders verlange der Fall des Hauptmanns v. Besser amtliche Aufklärung. Der Redner bringt eine Reihe von einzelnen Fällen vor und kommt zu dem Schluß, die Auswahl der Kolonialbeamten lasse sehr viel zu wünschen übrig.

Erbprinz **v. Hohenlohe:** Der Vorredner fragte, ob die Reichsregierung, falls Brutalitäten bekannt würden, künftig bereit sei, rücksichtslos und energisch einzugreifen. Ich kann darauf nur eine Antwort geben: Ja, ich werde, so weit ich es kann, stets bestrebt sein, es zu tun. Ich möchte betonen, daß ich Brutalität von ganzem Herzen verurteile und alles tun werde, solche Fälle zu unterdrücken.

Geh. Legationsrat **König** verteidigt die Kolonialverwaltung ebenfalls gegen die Vorwürfe, die ihr wegen Mißhandlungen oder Vergehen seitens einiger Beamten in der Kolonie gemacht worden sind. Hauptmann Besser sei kriegsgerichtlich verurteilt worden. Er befinde sich jetzt im Privatdienst. Hauptmann Kannenberg wurde wegen Mißhandlung kriegsgerichtlich zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, erhielt aber nachher, besonders weil seine Mutter bedürftig war, Pension. Das war ein Akt des allerhöchsten Begnadigungsrechts, wonach nach meiner Ansicht im Reichstag nicht Kritik geübt werden soll. (Lebhafter Widerspruch. Abg. Lebebour (Soz.) ruft: Was fällt Ihnen denn ein?) Hauptmann Dominik verstand wie kein anderer den Eingeborenen Vertrauen einzuflößen. Der Redner widerlegt noch einige andere vorgebrachten Fälle. Gouverneur v. Putttkamer wird sich gegenüber den ihm gemachten Vorwürfen zu verantworten haben, wenn er zur mündlichen Berichterstattung hier eingetroffen sein wird.

Abg. **Gerlach** (freis. Volksp.) führt aus: Die gestern vom Grafen Stolberg hervorgehobene Sparsamkeit der Großgrundbesitzer könne er dahin bestätigen, daß man in jenen Kreisen Sparsamkeit in der Steuerzahlung versteht. (Unruhe und Rufe rechts: Namen nennen!)

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.) ruft: Man kann sich unmöglich damit zwei Stunden aufhalten! (Heiterkeit.)

Abg. **Gerlach** (freis. Volksp.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß der Reichskanzler sich nicht über die russische Anleihe geäußert habe.

Staatssekretär Graf **Posadowsky:** Die Regierung hatte die Pflicht, festzustellen, daß Regierungsrat Martin sein Buch ohne ihr Wissen und ohne ihre Billigung geschrieben hat. Die Sozialdemokraten haben bei uns das gleiche Recht, aber sie wollen die Herrschaft des Proletariats, die es in keinem Staate gibt. Dem Abg. Graf v. Stolberg gegenüber betone ich, mit unserer Wohlhabenheit ist nicht in gleichem Maße die Opferwilligkeit der besitzenden Klassen gestiegen. Das bezieht sich auch darauf, daß 1903 drei Millionen Wähler den Wahlen fern blieben. Hätten die bürgerlichen Parteien zusammengehalten, so hätten die Sozialdemokraten nicht annähernd so viel Abgeordnete wie jetzt. Mit Gesetzen heilt man nicht einen krankhaften Zustand, wie es das Anwachsen der Sozialdemokratie ist. Innere Ursachen müssen hier vorhanden sein und es ist die Pflicht jedes Patrioten, diesen Ursachen nachzugehen; dazu anzuregen, war der Zweck meiner Rede.

Abg. **Stöcker** (wirtsch. Vereinig.) tritt für eine starke Besteuerung der Warenhäuser ein. Die Sozialdemokraten führen die Revolution im In- und Ausland. Die Zustände in Rußland seien einzig und allein das Produkt ihrer Tätigkeit. Die Zeit wird nicht mehr ferne sein, wo die Arbeiterschaft sich immer mehr von der Sozialdemokratie abwendet.

Staatssekretär Frhr. **v. Stengel** kommt auf die Steuerfragen zurück. Von einer Heranziehung der Eisenbahnüberschüsse zu den Reichssteuern wird kein Gebrauch gemacht werden. Die schonende Rücksicht auf die wirtschaftlich Schwachen zieht sich durch alle Vorlagen hindurch. Die Bedenken des Abg. Gröber seien unbegründet, ebenso die budgetrechtlichen Befürchtungen des Abgeordneten Payer.

Abg. **Gamp** (Reichsp.): Die gewerbsmäßige Steuerdefraudation bei der Landwirtschaft, von der Abg. Gerlach gesprochen habe, existiere nur in der Phantasie desselben. Die Kolonialverwaltung könne für Fehler ihrer Beamten nicht verantwortlich gemacht werden.

Um 4 Uhr vertagt sich das Haus auf halb 5 Uhr. Tagesordnung der neuen Sitzung: Dritte Lesung des Nachtragsetats für Südwestafrika, Fortsetzung der Etatsberatung.

Abg. **Ledebour** (Soz.): Wir halten an unserm ablehnenden Standpunkt fest. Die Kommissionsberatung hat kein neues Material für eine anderweite Beurteilung der Vorlage gebracht. Von einer wirtschaftlichen Entwickelungsmöglichkeit der Kolonien kann nicht die Rede sein. Bis zur Vollendung der Bahn ist übrigens der Kampf mit den Hottentotten zu Ende. Es ist der Regierung auch gar nicht um die verlangte Strecke allein zu tun, sondern, wie schon Oberst v Deimling in der Kommission erklärte, um ihre Fortführung bis Keetmanshop und Windhoek. Im weiteren kommt Redner auf den Trothaschen Erlaß gegen die Herero zurück und rügt, daß der Reichskanzler die Bestimmungen betreffend die Frauen und Kinder mißbilligt habe, nicht aber die Aussetzung von Prämien auf die Köpfe der Häuptlinge.

Die Vorlage wird schließlich angenommen.

Oberst **Deimling** dankt namens seiner Kameraden in Afrika dem Hause für die schnelle Bewilligung der Bahn. Von allen jetzt aus allen Gauen Deutschlands an die Truppen hinausgeschickten Liebesgaben werde keine die Truppen so erfreuen, wie die Bewilligung der Eisenbahn, woraus die Truppen erfahren könnten, daß die Abgeordneten und damit das ganze deutsche Volk hinter ihnen stehen.

Bei der fortgesetzten Beratung des Etats polemisiert Abg. **Gothein** gegen Stöcker.

Abg. Graf **Mielczynski** (Pole): Deutschland sei überall verhaßt; das sei die Schuld der Regierung, die ihre Nase in alle fremden Angelegenheiten stecke.

Abg. **Blumenthal** (Hospitant der freis. Vp.) befürwortet ein gutes Verhältnis zu Frankreich und beleuchtet dann eingehend die Marokkofrage. (Während seiner Ausführungen erlöschen plötzlich die Bogenlampen im Saale und werden durch Einsetzen neuer Kohlenstifte wieder in Stand gesetzt.)

Abg. **Erzberger** (Zentr.): Auf den Vorwurf, ich hätte meine Vorwürfe gegen die Kolonialverwaltung unter dem Schutze der Anonymität erhoben, weise ich darauf hin, daß ich Schriftsteller bin und somit die Gepflogenheiten des Journalistenvolkes mir nicht ad hoc angeeignet habe. Wenn ich das Rene'sche Werk als amtliches bezeichnete, so wollte ich damit den Gegensatz zwischen offiziell und nicht offiziell kennzeichnen. Bezüglich der Provision für die Bahnunternehmer ist es auffallend, daß dies nur Herren der ersten Gesellschaft sind. Das deutschen Volkes muß sich bei solchen Tatsachen ein eigenartiges Gefühl bemächtigen.

Legationsrat **Helfferich:** Bezüglich des Rene'schen Buches fehlt jeder offizielle Charakter, da weder Konsul Rene, noch das Eisenbahnsyndikat oder der Geheime Kommerzienrat Lenz offizielle Persönlichkeiten sind. Redner geht dann auf die Verhandlungen des Syndikats bezw. des Präsidenten mit der Bankengruppe ein und verliest einen Brief des Kommerzienrats Lenz an den Abgeordneten Erzberger, in dem ihm mitgeteilt wird, daß die dem Abgeordneten zugegangenen Informationen falsch seien, daß dagegen die Norddeutsche Allgemeine Zeitung absolut zutreffend unterrichtet gewesen sei.

Nach einer Erwiderung des Abg. **Erzberger** wird die Debatte geschlossen.

Präsident Graf **v. Ballestrem** wünscht den „noch zahlreich versammelten Abgeordneten" (etwa 12) ein fröhliches Weihnachtsfest und gesegnetes Neues Jahr.

Nächste Sitzung am 9. Januar 1906, nachmittags 2 Uhr.

Schluß halb 10 Uhr.

Vermischtes.

§ **Fünferlei.** Aus Mainz berichtet der Mainzer Anzeiger: Fünferlei Kinder in ein und derselben Familie dürfte eine Seltenheit sein. Bei der Volkszählung hier wurde aber ein solcher Fall konstatiert. Ein Zähler kam in eine Familie, wo er die Frau und eine respektable Anzahl Kinder antraf. Die Frau entschuldigte sich gleich, weil sie die Zählkarten nicht ausgefüllt habe, indem sie sagte, sie hätten fünferlei Kinder, da wisse sie nicht, wie die Sache zu machen sei. „Wie ist das möglich?" fragte der Zähler. „Ja", sagte die Frau, „die zwei ältesten, die in der Fabrik arbeiten, hatte ich, als wir uns verheirateten; mein Mann hatte einen, der wird Schlosser; diese fünf da haben wir miteinander, dann die zwei da sind meiner Tochter Elis und das Kleinste im Wägelchen ist meiner Tochter Agnes." — Hopple!

§ **Selbstmord einer Schauspielerin.** Aus Reichenberg wird die Selbstvergiftung der als sentimentale Liebhaberin am dortigen Theater engagiert gewesenen Nelly Wierer gemeldet. Nelly Wierer war eine Frankfurterin und kam als ganz junges Mädchen vor ungefähr zehn Jahren als Ballerine an das Deutsche Theater in Prag. Sie war damals unbedingt die Schönste im Balletkorps und bald war der Sohn eines der reichsten Großindustriellen in ihren Banden. Einer Heirat mit ihr standen der Wille der Eltern und konfessionelle Hindernisse entgegen. Sie wurde mit einer bedeutenden Summe abgefunden und ihr Liebhaber heiratete die Tochter eines Standesgenossen seines Vaters. Nach einigen Jahren wurde er Witwer und kehrte zu Nelly zurück. Jetzt wiederholte sich dasselbe Spiel. Nelly hatte die Lust am Tanzen verloren und nahm Unterricht in der Schauspielkunst. Als Schauspielerin fand sie Engagement in Troppau und zuletzt in Reichenberg, wo sie aus unglücklicher Liebe Selbstmord beging.

Letzte Post.

Weimar, 16. Dez. Die gestohlenen Goetheurkunden sind bis auf 20, leider die wertvollsten, wieder zur Stelle gebracht.

Die Wahlrechtsdemonstrationen in Sachsen werden fortgesetzt.

Am Samstag und Sonntag finden in ganz Sachsen zahlreiche Protestversammlungen statt. Sie werden sich gegen die Erklärung des Ministers Metzsch anläßlich der Interpellation Goldstein, daß an dem gegenwärtigen Wahlrecht nichts geändert werde.

Der Sturz Wittes.

Das Berliner Tageblatt berichtet aus Petersburg, der Sturz Wittes solle in Aussicht stehen. Zum Nachfolger sei das bekannte Semstwo-Mitglied Gutschkow, ein Bruder des neuen Stadthauptmanns von Moskau ausersehen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Schneiderverband). Sonntag, den 17. Dezember, nachmittags 5 Uhr: Gesellige Zusammenkunft im Prinz Heinrich, Kurvenstraße 19. Montag, den 18. Dezember, abends halb 9 Uhr, im goldenen Adler: Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen notwendig. Montag 8 Uhr abends: Sitzung der Ortsverwaltung im Adler.
4806 Der Vorstand.

Rüppurr. (Sozialdemokratischer Wahlverein). Sonntag, den 17. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Lokal: Wahlvereinsversammlung. Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihre Kinder anzumelden und ihren Beitrag zu entrichten betr. Christbaumbescherung.
4827 Der Vorstand.

Pforzheim. (Verband jugendlicher Arbeiter). Sonntag, den 17. Dezember, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal zum Tivoli Mitgliederversammlung statt. Es ladet freundlichst ein
4805 Der Vorstand.

Rastatt. Die verehrlichen Mitglieder der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (Filiale Rastatt) werden hiermit dringend ersucht, sich zu der am Samstag, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, im Gasthause zum Ritter stattfindenden Mitgliederversammlung recht zahlreich einfinden zu wollen.
4841 Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für den Leitartikel, die Rubriken; Pol. Uebersicht, Bad. Politik, Deutsches Reich, Ausland und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für die Rubriken: Aus der Partei, Soz. Rundschau, Gerichtszeitung, Badische Chronik, Aus der Residenz, Versammlungsberichte, Aus dem Reiche, Vermischtes und Feuilleton: A. Weißmann; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund Geck u. Cie. Sämtliche in Karlsruhe.

Aussergewöhnlich billig kaufen Sie!!!
Ihre Weihnachtsgeschenke mit 25—50% Rabatt bei der Firma 46 8
Prince of Wales, jetzt **Kaiserstrasse 24.**

Auf Lager sind grosse Posten:

Normal-Unterjacken solides Fabrikat. in allen Grössen vorrätig . . . . . von **85 ₰** an
Normal-Unterhosen aus bestem Material, gut verarbeitet . . . . . von **1.35 ℳ** an

Herren-Hüte, weiche grau, mode und schwarz . von **1.75 ℳ** an
Schirme in grosser Auswahl, in Zanella, Gloria und Seide . . . . von **2.25 ℳ** an

Herren-Hüte, Ia Wollfilz in allen modernen Façons von **2.25 ℳ** an
Steh-Kragen, garant. 4fach Façon „Ewald" . . . . . Stück **9 ₰**
Neueste Façons . . . 3 Stück **1.00 ℳ**

Anzüge und Paletots gut verarbeitet . . . . . von **16.50 ℳ** an
Loden-Pelerinen wasserdicht mit abnehmbarer Kapuze . . . . . von **9.75 ℳ** an

Im Ausverkaufe bei **C. F. KOPF**
Waldstrasse 26 beim Colosseum.
Wollene Kleiderstoffe in grosser Auswahl, **Woll-** und **Baumwollflanell, Waschstoffe** und **Blaudruck** für Mädchenkleider, **Weisse Hemdentuche,** Bettücher in Halbleinen und Baumwolle, **Damaste** und farbige **Bettbezüge, Piquéstoffe,** einfach und doppelbreit
Wollene und **baumwollene Schlafdecken, Bettwäsche,** weisse u. farbige **Leibwäsche**
Unterröcke, Schürzen.
486 2
Schwarze Seidenstoffe billig. **Buxkin-Reste** zu Herren- und Knaben-Anzügen.
Billige Preise mit **10 % Rabatt** oder **doppelte** Rabattsparmarken gegen Bar.

Aussergewöhnlich billige

Gelegenheits-Posten

für bevorstehende

Weihnachts-Einkäufe.

Weihnachts-Roben mit Ausputz in elegantem Karton.

6 Meter **Noppenstoff** in verschied. Farben, Robe ℳ 1.75	6 Meter **Loden** in grauen Melangen, Robe ℳ 2.50	6 Meter **Zwirnstoff** vorzügliche Qualität, Robe ℳ 3.75	6 Meter **Cheviot** reine Wolle, schwarz u. farbig Robe ℳ 4.50
6 Meter **Satin** reine Wolle, schwarz u. farbig Robe ℳ 6.50	6 Meter **Fantasiestoff** 110 cm breit, reine Wolle engl. Geschmack Robe ℳ 7.95	6 Meter **Satin** 110 cm breit, reine Wolle Neueste Farben Robe ℳ 9.75	6 Meter **Kostümstoff** 110 cm breit, reine Wolle Robe ℳ 11.50

6 Meter **Noppenstoff** Neue Farben Robe ℳ 5.75	
6 Meter **Fantasiestoff** 110 cm breit, reine Wolle Robe ℳ 13.50	

Tischdecken.

Fantasiedecken mit Schnur und Quasten . 2.75, 1.95, **1.35**
Filztuchdecken mit Stickerei 3.80, 2.50, **1.75**
Tuchdecken, bord. kupferflaschengrün . . . 10.50, 7.50, **5.50**

Bettvorlagen.

Axminster . . . . . 2.85, 1.95, 1.35, **65 ₰**
Tapestry 4.50, 3.60, 2.75, **1.85**
Velvet 6.50, 4.80, 3.85, **2.75**

Teppiche.

	135 + 195	165 + 235	195 + 295
Axminster	6.50	12.50	**16.50**
Tapestry	7.50	13.50	**21.50**
Velvet	10.50	16.50	**27.50**

Schlafdecken.

Baumwollene Jaquard-Decken . . 4.50, 3.60, 2.85, **1.75**
Kaquard-Decken Halbwolle 9.50, 7.50, **5.90**
Jaquard-Decken, reine Wolle 19.50, 16.50, **12.50**

Reisedecken.

Sealskin 5.50, 4.75, **3.50**
Mohair und Wolle 16.50, 11.50, **9.50**

Fellvorlagen.

4.50, 3.80, 2.50, 1.95, **1.20**

Weisswaren.

Weiße Bettdamaste, 130 cm breit . Meter 1.35, 95, **65 ₰**
Weiße Bettuchhalbleinen, 150/160 cm breit, Meter 1.35, 95, **65 ₰**
Weiße gerauhte Piqué . . . . Meter 75, 58, 45, **38 ₰**
Weiße gerauhte Croisé . . . . Meter 78, 65, 52, **38 ₰**

Weiße Elsässer Hemdentuche . . . Meter 56, 42, **28 ₰**
Weiße Damenhemden, Vorderschluß mit Spitze . . **65 ₰**
Weiße Damenhemden, Achselschluß mit gestickter Passe **95 ₰**
Weiße Damenhemden, Achselschluß mit breiter Stickerei **1.25**
Weiße Damenhemden, Achselschluß mit Madeira-Stickerei **1.48**
Weiße Damenhemden, Vorderschluß mit Feston . . **1.65**
Weiße Damenbeinkleider, gerauht Croisé festoniert **95 ₰**
Weiße Damenbeinkleider, Hemdentuch mit reicher Stickerei **1.35**
Weiße Damennachtjacken, gerauht Croisé mit Spitze **1.15**
Weiße Damennachtjacken, gerauht Croisé mit Feston **1.35**
Weiße Damennachthemden, Hemdentuch mit reicher Stickerei **3.25**

Pelzwaren.

Pelzkragen schwarz Kanin . . . . . 65, **35 ₰**
Pelz-Colliers schwarz Kanin . . . . 2.10, 1.35, **85 ₰**
Pelz-Colliers Kanin rasé 3.75, 2.85, **2.25**
Pelz-Colliers Nerzmurmel 5.25, 3.75, **2.95**
Pelz-Colliers Nutria 6.75, 5.50, **3.95**
Pelz-Stolas schwarz Kanin mit 4 Schweifen 210 cm lang **6.50**
Pelz-Stolas Kanin rasé mit 4 Schweifen 200 cm lang **13.50**
Pelz-Stolas Seal-Bisam mit 4 Schweifen 240 cm lang **19.50**
Thibet-Stola schwarz und weiß 160 cm lang . . **11.50**
Muffen schwarz Kanin. . . . . 1.95, 1.25, **80 ₰**
Muffen Kanin rasé 4.75, 3.50. **2.25**
Muffen Nutria 7.50, 5.50, **4.25**
Muffen Nerzmurmel 6.50, 5.95, **4.50**
Garnituren Muffe u. Colliers, Plüsch u. Krimmer 4.80 bis **50 ₰**

Grosse Auswahl
in
Handschuhen, Gürtel, Damenkragen, wollene und seidene Echarps, Schürzen, Unterröcken, Schirme, Strümpfe, Socken, Kragen, Kravatten, Manschetten, Serviteurs, Oberhemden.

Trikotagen
für **Herren, Damen** und **Kinder** in jeder Preislage.

M. Schneider

KARLSRUHE
Kaiserstrasse 181
Ecke der Herrenstrasse.

4857

Festhalle.

Sonntag den 17. Dezember, nachmittags 4 Uhr
großes
Streich-Konzert
der vereinten Kapellen des
1. Bad. Leib-Drag.-Regiments Nr. 20 und des 3. Badischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 50.
unter Leitung ihrer Stabstrompeter **Fr. Köhn** u. **O. Schotte.**
Eintritt: { Abonnenten **20** Pfg. / Nichtabonnenten **50** Pfg.
Soldaten und Kinder die Hälfte.
Programm 10 Pfg.
Die Musikabonnementskarten bleiben in Geltung. 4853
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

Sozialdem. Verein und Radler-Klub Hagsfeld.

Sonntag den 17. Dezember, mittags 3 Uhr, findet im Gasthaus zum **„Hirsch"** 4840

Weihnachtsfeier

verbunden mit **Radsportlichen Aufführungen** und **sonstige Unterhaltungen** statt. Parteigenossen und Freunde sind hierzu freundlichst eingeladen.

Das Komitee.

Handels- und Transportarbeiter-Verband Pforzheim.

Sonntag den 17. Dezember, abends 7 Uhr, im neu renovierten Lokale zum **„Goldenen Ochsen"** 4814

Weihnachts-Feier

mit Gabenverlosung und Kinderbescherung.
Das sehr reichhaltige Programm enthält **Konzert, Theater, Gesang, humor. Vorträge** (O. Meier) und **Tanz.**
Hierzu laden wir sämtliche Mitglieder, Freunde und Gönner höfl. ein.
4814.2 **Die Ortsverwaltung.**

Emmenthaler-Käs
Schweizer- „
Limburger- „
Münster- „
Renchener Rahm- „
Mainzer- „
Edamer- „
Tilsiter- „
Camembert- „
(Edelweiß)
Romadur- „
verschied. Frühstückskäse
Kräuter-Käs
empfiehlt die 4828
Käsehandlung
F. J. Kratzer
Durlacherstr. 20
zwisch. **Waldhorn- u. Zähringerstr.**

Auf die Festtage empfehle:

Wein! offen:

Weiß, p. Ltr. v. 50 ₰ an } bis 19 Ltr.
Rot, p. Ltr. v. 60 ₰ an } steuerfrei
ff. **Flaschenweine, Liköre, Spirituosen, Punschessenzen, Champagner, Malaga, Portwein, Samos** 2c. in 1/1 u. 1/2 Fl. billigst, sowie einen ausgezeichneten **Blutwein**, Perla de Espanna, vorzügl. Krankenwein direkt bezog. p. Fl. **1.50.**
A. Sperling, Weinhandlung
Göthestraße 28, Laden.

Apollo-Theater.

Täglich grosse
Variété-Vorstellung.
Anfang wochentags abends 8 Uhr.

Im

Weihnachts-Verkauf

kommen vom 14. bis 24. Dezember größere Posten und Restbestände von aller Arten **Herren- und Damenkleiderstoffen, Baumwolle** und **Weißwaren** zu enorm billigen Preisen, solange Vorrat reicht, zum Verkauf.

Ein Posten **Blusenseide** per Meter von **60 ₰** . . . . bis **1.25**

Ein Posten **Seiden-Panne u. Sammete** per Meter von ℳ **1.75** . . bis **95 ₰**

Größere Posten und Restbestände in 110/120 cm breiten, feinen, eleganten Kleiderstoffen in **Voile, Alpacca, Crepon** und sonstigen Webarten per Meter von **95 ₰** an bis ℳ **2.25.**
Darunter sind Stoffe im früheren Verkaufspreise bis ℳ **5.50.**

Einzelne Musterstücke in **weißen Damen-Hemden, Hosen, Jacken** und **Nachthemden,** darunter auch mit **Handstickereien,** sogenannte **Mustersachen** werden zu Ausnahmepreisen abgegeben.

Restbestände in **Halb und rein Leinen Tafel- und Teegedecken, Tischtücher und Handtücher, Servietten, Kissen und Bettücher** zu jedem annehmbaren Preis.

Restbestände in **Unterröcken** in **Tuch, Halbseide, Moirée und Lüster** mit eleganter Garnitur . . . . . von ℳ **2.—** an.
Restbestände in fertigen Blusen außergewöhnlich billig.

Restbestände in seidenen **Kopfshawls** werden bedeutend unter Preis abgegeben, da diesen Artikel ausverkaufe. Ca. 500 Meter Reste in 140/150 cm breiten **Herrenstoffen,** für **Anzüge, Paletots** und **Hosen** passend, das Meter Mk. 4.50 bis Mk. 6.50. Die Sachen sind Fabrik-Coupons und die neuesten Muster.

Jacob Löwe (Adolf Löwe Sohn)

en gros **en détail**
Versandhaus in Manufaktur-, Mode- und Ausstattungswaren
Karlsruhe, Adlerstrasse 18a.
Rabatt-Sparmarken werden jedem Kunden ohne Verlangen bereitwilligst verabfolgt.

Bitte beachten Sie meine Schaufenster

in welchen

Herren-Anzüge	Knaben-Anzüge	Schlafröcke
Herren-Paletots	Knaben-Paletots	Smockings
Herren-Westen	Kieler Pyjacks	Loder-Joppen

zu **herabgesetzten Preisen** ausgestellt sind.

N. Breitbarth

Teleph. 1512
Karlsruhe
Kaiser- u. Herrenstr.-Ecke.
Konfektionshaus
I. Ranges. 4857

Vergebung von Blechnerarbeiten.

Für den **Neubau des Leihhauses** sollen die **Blechnerarbeiten** im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Die Zeichnungen und Bedingungen sind auf dem städt. Hochbauamt (Rathaus Zimmer Nr. 116) einzusehen.

Angebote sind bis zum **Freitag, den 22. d. Mts., nachmittags 5 Uhr,** dem Schluß der Ausschreibung daselbst abzugeben. 4842.2.

Karlsruhe, den 14. Dezember 1905.
Städt. Hochbauamt.

Gänselebern
werden fortwährend angekauft: **Zähringerstr. 88,** nächst der Adlerstraße. 4192